

Fiskalpakt: Doch nicht so "verbindlich und dauerhaft"?

Maximilian Steinbeis

2012-08-10T13:10:30

Der französische Verfassungsrat hat gestern sein [Urteil](#) zur Verfassungsmäßigkeit des Fiskalpakts verkündet. Auf den ersten Blick ist die Sache glatt ausgegangen: Der Fiskalpakt kann ratifiziert werden, eine vorherige Verfassungsänderung ist nicht nötig. Die Souveränität Frankreichs, so der Verfassungsrat, ist nicht berührt, weil die Bindung in punkto Verschuldung ja schon durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt eingegangen worden war, und dass die Schuldengrenze jetzt von 1% auf 0,5% reduziert wird, wertet der Conseil Constitutionnel nicht als eigenes Problem.

Aber auf den zweiten Blick komme ich aber ins Grübeln.

In Art. 3 II des Fiskalpakts steht bekanntlich, dass die Signatarstaaten die Schuldenbremse durch "Bestimmungen, die verbindlicher und dauerhafter Art sind," ausgestalten müssen, "vorzugsweise mit Verfassungsrang". In den turbulenten Verhandlungen ist der Satz dann um einen zweiten Halbsatz erweitert worden: "oder

deren Einhaltung und Befolgung im gesamten nationalen Haushaltsverfahren auf andere Weise garantiert ist".

Nach Ansicht des Verfassungsrats kann man das so verstehen, dass das "oder" im zweiten Halbsatz eine grundlegende Alternative zum ersten darstellt. Die Umsetzung muss also *entweder* "verbindlich und dauerhaft" sein *oder* so, dass Einhaltung etc. garantiert sind.

Nur die zweite Alternative ist nach Meinung des Verfassungsrats von der französischen Verfassung gedeckt. Für die gilt demnach "verbindlich und dauerhaft" nicht.

In dem "[Kommentar](#)", in dem der Verfassungsrat sein sehr knappes Urteil erläutert, steht das ganz unmissverständlich so drin:

Dans cette seconde branche, les règles de l'article 3 § 1 prennent effet au moyen de règles respectées et observées dans les processus budgétaires nationaux d'une « autre façon » que par des « dispositions contraignantes et permanentes ». Cette seconde branche s'interprète par a contrario par rapport à la première et n'est donc pas « contraignante » au sens où elle ne conditionne pas la validité constitutionnelle de la loi au respect d'une norme de droit interne supérieure imposant la règle des 0,5 % de déficit structurel. Le respect des règles figurant au paragraphe 1 de l'article 3 n'est alors pas garanti dans le droit national au moyen d'une norme d'une autorité supérieure à celle des lois. Il revient aux États de déterminer, aux fins de respecter leur engagement, les dispositions ayant l'effet imposé par l'article 3 § 2 du traité.

Was heißt das? Dass die Ansage, alle Unterzeichner müssten Schuldenbremsen in ihre Verfassungen schreiben, Augenauswischerei war?

In Frankreich gelten völkerrechtliche Verträge wie der Fiskalpakt nicht als einfaches Gesetz, sondern als höherrangiges Gesetz (Art. 55 der Verfassung). Das heißt, wenn der Vertrag ratifiziert, hinterlegt und verkündet ist, dann kann der Gesetzgeber dagegen nicht einfach dagegen verstoßen, sonst steigt ihm der Verfassungsrat auf die Füße.

Ist das ein funktionales Äquivalent zu unserer Schuldenbremse in der Verfassung?

Foto: [Moyan Brenn](#), Flickr [Creative Commons](#)

